

Kamener Zeitung

Volkstreu für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
20000 Mt. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Versteht täglich.
Monatlicher Bezugspreis 4000 Mt. Falls wir in der Herausgabe oder in der Lieferung gehindert sind, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: G. Schulze, Kamen.

Nr. 52 (1. Blatt)

Freitag, den 2. März 1923

51. Jahrgang

Beschluß der Rheinlandkommission über die Eisenbahnen.

(TU) Sabas meldet, daß die interalliierte Rheinlandkommission unter dem Vorsitz Lorda's gestern in der Frage der Eisenbahnen im besetzten Gebiet äußerst wichtige Beschlüsse gefaßt habe. In einer längeren Proklamation gibt die Rheinlandkommission bekannt, wie die deutsche Verwaltung der Eisenbahnen der besetzten Gebiete in eine alliierte Regie der Eisenbahnen der besetzten Gebiete übertragen werde. Der Sitz dieser Regie werde Koblenz sein. Vorläufig bleibe aber noch Düsseldorf der Sitz. Diese Regie werde über das gesamte Eisenbahnnetz der besetzten Gebiete absolute Vollmacht auch in der Frage der Einstellung und Entlassung des Personals haben. Ihre Stellung zu der Rheinlandkommission werde dieselbe sein wie diejenige der bisherigen deutschen Eisenbahnverwaltung. Dieser Beschluß der Rheinlandkommission wird in längeren Ausführungen durch die Faltung des Deutschen Reiches begründet, das die deutschen Eisenbahnen aufzuerhalten, den alliierten Behörden den Gehorsam zu verweigern und damit die Sicherheit der Alliierten in den besetzten Gebieten gefährdet hätte. Die Verfügung tritt sofort in Kraft.

Ein deutsches Memorandum.

(TU) Wie die „Telegraphen-Union“ hört, hat die Reichsregierung die an dem Ruhrstreik nicht beteiligten fremden Regierungen auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht, die durch die immer brutaler werdende Vergewaltigung der Bevölkerung des Ruhrgebietes, die ständigen Mißhandlungen, die in vielen Fällen von Plünderungen und Straßenraub, die Ausweisungen und Entlassungen von Beamten und die systematische Brandfackelung ganzer Städte begleitet worden ist. Die Reichsregierung hat diesen neuen Schritt für notwendig gehalten, um der Welt ein zusammenfassendes Bild von dem französischen Vorgehen zu geben und erneut auf die Untragbarkeit und Gefährlichkeit der dadurch hervorgerufenen Zustände hinzuweisen.

Verhandlungsseuche in Paris?

(TU) Das „Echo de Paris“ schreibt, daß die leitende Idee Frankreichs in den eventuell bevorstehenden Verhandlungen die sein wird, eine Regelung in der Form herbeizuführen, daß sowohl direkt wie indirekt die Ruhrminen und Fabriken zugunsten der zerstörten Gebiete arbeiten. Ein weiterer entscheidender französischer Programmpunkt wird darin bestehen, daß in kurzem die Bestimmung des Versailler Vertrages über die Entmilitarisierung des linken Rheinufer und einer Zone von 50 Kilometern auf dem rechten Rheinufer ernsthaft eingehalten werde. Dieser beiden Punkte würden in den zukünftigen französischen Plänen augenblicklich Projekte angeschlossen. Das Blatt fügt, daß die Londoner Regierung die Bedingungen, die Frankreich und Belgien dem Rat der Entente vorgelegt werden, nicht gutheißen. Die Methode der beiden Pläne.

Zur Lage im Ruhrgebiet.

(TU) Im Bezirk Köln sind heute vormittag die Bahnhöfe und zum größten Teil auch die Eisenwerke an der Strecke Ehrenbreitstein und Troisdorf von französischem Militär besetzt und das deutsche Personal vertrieben worden. Der Verkehr Köln und Frankfurt ist unterbrochen. Das auf dem Bahnhof Hengstey stehende rollende Material ist von den Franzosen nach Vorhalle abtransportiert worden. Der Bahnhof Mülheim-Neumühl ist seit gestern abends wieder frei, nachdem die Franzosen das auf der dortigen Strecke befindliche Material beschlagnahmt und abtransportiert hatten. Die Bahnhöfe Mülheim-Nurh und Mülheim-Eppinghofen und Mülheim-Speider sowie die Bahnhofsvorstände in Mülheim-Speider wurden von französischen Truppen besetzt. In Speider sind die Eisenbahnbeamten aus ihren Dienstwohnungen verwiesen worden. In Dorsten werden Kohlenzüge nach Holland nach wie vor angehalten. In Ohligs wird ebenfalls eine scharfe Kontrolle der Lokomotiven vorgenommen.

In den Bestimmungen über den vorläufigsten Belagerungszustand in Bochum ist eine neue Verschärfung eingetragen worden, als der Geschäftsschluß bei Straftateten der Verkehrsperre auf 4 Uhr nachmittags heraufgesetzt worden. Zahlreiche Zivilpersonen, die angeblich die französischen Besatzungsverordnungen hinsichtlich der Zeit überschritten hatten, sind verhaftet und in der rohesten Weise unter den Augen französischer Offiziere mißhandelt worden. Von den festgenommenen Polizeibeamten wurden 90 in Offen ausgeführt. Mit dem Rest der nicht inhaftierten Beamten wird ein notdürftiger Polizeidienst aufrecht erhalten. Zum Teil befinden sich die verhafteten Schupobeamten, etwa 300, in der Bochumer Oberschule in französischer Haft. Ihre Verpflegung bestand aus 2 Schnitten Brot und einem kleinen Stücken Schinken pro Mann und einem Stalleimer mit Wasser.

laut Bekanntgabe des französischen kommandierenden Generals ist in Bochum und Herne an Stelle der aufgelösten Schutzpolizei die Aufstellung einer Gemeindepolizei in Stärke von 350 Mann geplant. Seitens der Polizeidirektion sind jegliche Verhandlungen über diese Frage abgelehnt worden. Der verhaftete Polizeirat Ernst befindet sich wieder auf freiem Fuß. — In Oberwengern haben 10 und in Hengstey 13 Arbeiterfamilien den Befehl erhalten, bis zum 2. März ihre Wohnräume zu räumen. In Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Recklinghausen, Herne, Witten und Aachen keine besonderen Ereignisse. — In Vodelschwingh ist der Gemeindevorsteher, der die Anerkennung französischer Befehle abgelehnt hatte, festgenommen und ausgewiesen worden. In Witten sind die Gemeindevorsteher und ein Bürobeamter wegen verweigerter Kohlenabgabe an Franzosen verhaftet worden. Am 27. Februar wurde in Bochum in einer Wirtschaft einem französischen Offizier durch einen Zivilisten unter Einschüchterung durch einen imitierten Revolver eine Aktentasche, in der sich nichts Bedeutendes befand, abgenommen. Die Aktentasche ist der deutschen Polizei überwiesen worden. Der Täter ist flüchtig.

Ein Aufruf der Bochumer an alle Welt.

Die städtischen Körperschaften, sämtliche Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband erlassen unter dem 27. Februar folgende Kundgebung: Am 20. Februar d. Js. wurden in Bochum 14 Schüler der Oberschule, weil einige von ihnen 2 deutsche Spitzel angezeigt hatten, verhaftet und so schwer mißhandelt, daß sie zum Teil schwer verletzt wurden. Am 22. Februar wurde auf dem Wilhelmshof ein Mädchen von einem französischen Soldaten mißhandelt. In die zusehende Menge wurde geschossen, ein Arbeiter getötet und zwei Männer schwer verletzt. Im Warenhaus Alsbach und in mehreren anderen Kaufhäusern wurden Waren für viele Millionen gewaltsam entnommen. Am 28. Februar wurde die Innenstadt für den Verkehr gesperrt und etwa 60 Bürger verhaftet und eingesperrt. Da der Befehl über die Straßensperrung erst gegen 7 Uhr in die Hand des Magistrats kam, hatten die Bürger vor der Gefahr nicht mehr gewarnt werden können. Seitdem werden jeden Abend die Straßen gewaltsam gesäubert, Bochumer Bürger verhaftet und eingesperrt. Am Abend des 24. Februar wurden außerdem viele Straßenpflasterer gefesselt und mißhandelt. Am 23. Februar, nachmittags wurde das Rathaus umzingelt und aus der Tagung der Stadtverordnetenversammlung der Magistrat und 18 Stadtverordnete verhaftet. Die Herren Stadtrat Stumpf und die Stadtverordneten Geheimrat Dr. Wehrmann, Dipl.-Ingenieur Weh und Rektor Gierke wurden ausgewiesen, die übrigen Herren wieder entlassen und ihnen mitgeteilt, dies sei die erste Warnung gewesen für nicht ausgeführte Requisitionen und wegen Tagung des Stadtverordnetenkollegiums ohne Anmeldung. In der Nacht vom 23. zum 24. Februar wurde die Bochumer Stadtkammer vollständig ausgeraubt und was nicht entfernt wurde, mit schweren Schmiedehämmern und Beilen zertrümmert und zerstört, so daß nur noch die letzten Wände vorhanden sind. Da die französischen Machthaber die Annahme von Protesten verweigern oder sie dem Kaiserhof übermitteln, protestieren wir hierdurch öffentlich vor aller Welt gegen die Greuel und Gewalttaten, die in unserer friedlichen Stadt und in unserer friedlichen Bevölkerung begangen werden, und laden jeden von auswärts ein, sich in Bochum an Ort und Stelle von diesen französischen Taten zu überzeugen. Von der deutschen Regierung aber verlangen wir, daß sie für die der Stadt Bochum und ihren Bürgern angetane Gewalt volle Genugtuung von der französischen Regierung fordert.

Die Lohngehalt-Beschlagnahme auf Zeche Adler.

Wegen der auf der Zeche Adler in Kupferdreh beschlagnahmten 170 Millionen Mark war die Zechenverwaltung bei dem französischen Kommandanten vorstellig geworden, der zunächst versagte, daß die Zechenverwaltung der Ingenieurkommission den Nachweis erbringe, daß es sich wirklich um Lohngehalt handele. Die Kommission ersuchte deshalb im Gebäude der Zechenverwaltung vorzuliegen Da die Zechenverwaltung sich abermals weigerte, wurden die Verhandlungen gescheitert und die Beamten mit dem Worten entlassen: Wenn Sie nicht nachweisen können, aus welchen Mitteln das Geld stammt, dann sehen Sie zu, wo Sie ihr Geld herbekommen, dann lassen Sie Ihre Arbeiter hungern.

Ein Prinz von Lippe verhaftet.

(TU) Nach einem Telegramm aus Paris ist ein Prinz von Lippe von den französischen Militärbehörden verhaftet worden.

Der Bottroper Bürgermeister vor dem Kriegsgericht.

(W) Der aus seinem Amtszimmer aus Bottrop herausgeführte Oberbürgermeister Dr. Bauer wurde vom Kriegsgericht in Sterkrade abgeurteilt. Die Anklage beschuldigte ihn: 1. Der Nichtlieferung von geordneten Betten. 2. wurde er zur Verantwortung gezogen wegen des Nichterscheinens vor dem Kriegsgericht und 3. wurde ihm zur Last gelegt, durch den „Hoch- und Heil- und geistlichen Vaterland“ den er beim Verlassen des Rathauses ausgesprochen hatte, aufreizend auf die Menge der Beamten, die bei seiner Verhaftung aus den Gängen des Rathauses hervorstürmten, angereizt zu haben. Der Anklageverteiler beantragte insgesamt eine Gefängnisstrafe von 8 Tagen. Der Gefängnisstrafe sollte die Ausweisung ins unbesetzte Gebiet folgen. Das Kriegsgericht ging aber über die beantragte Strafe weit hinaus. Es verurteilte den Oberbürgermeister Dr. Bauer wegen der ersten Straftat zu 3 Monaten, wegen der zweiten Straftat ebenfalls zu 3 Monaten und wegen des vaterländischen Ausrufes zu 6 Monaten Gefängnis, insgesamt erhält Dr. Bauer 1 Jahr Gefängnis für seine angeblichen Straftaten. Während dieser Verhandlungen wurde der im Gerichtssaal anwesende erste Beigeordnete der Stadt Bottrop, Dr. Witzke, der bei der Fortführung des Oberbürgermeisters anlässlich seiner Verhaftung dagegen protestiert hatte, von einem belgischen Leutnant erkannt und der Vernehmung beschuldigt. Er wurde aus dem Gerichtssaal herausgeführt und verhaftet. Neber seine Unterbringung ist bis zur Stunde der Stadtverwaltung noch nichts bekannt.

Eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung legte einstimmig Protest gegen die durch nichts gerechtfertigte Verurteilung des Oberbürgermeisters ein.

Verhaftung der Offenburger Bürgermeister.

Gestern vormittag wurde Oberbürgermeister Haller von den Franzosen verhaftet, angeblich weil er sich geweigert hatte, den Franzosen das Offenburger Werkbuch auszuliefern. Zum Protest gegen die Verhaftung wurden am Nachmittag die städtischen Büros, sämtliche Geschäfte und Wirtschaften geschlossen. Vorgesetzten wurden von den Franzosen die Privatwohnungen der Gendarmen nach Waffen durchsucht. Die Oberbürgermeister Reß, Döber und Flosser wurden verhaftet, aber nach einiger Zeit wieder freigelassen, nachdem ihnen die Waffen abgenommen worden waren. Die Franzosen sind dann weiterhin in die Büros der Gendarmerie eingebrochen und haben dort alle Schränke erbrochen. Waffen wurden nirgends gefunden. Am Nachmittag ist Oberbürgermeister Dr. Führer aufgeführt worden, vor dem französischen Vorgesetzten zu erscheinen und ist dort ebenfalls verhaftet worden. Während der Verhaftung im Rathaus hatte sich vor demselben eine große Menschenmenge angesammelt, die von den französischen Truppen wiederholt auseinander gejagt wurde.

2 Eisenbahnunglücke.

Auf der Kaiserbrücke zwischen Mainz und Wiesbaden hat sich ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Auf dieser Rheinbrücke stieß nämlich der internationale Zug Wiesbaden-Paris mit einem Güterzug zusammen. Mehrere Einzelheiten über das schwere Eisenbahnunglück fehlen noch, da von französischer Seite die Brücke in weitem Umfange abgesperrt worden ist, so daß nähere Feststellungen nicht gemacht werden konnten.

Aus Lünen wird ein schweres Eisenbahnunglück gemeldet. Ein Zug, der aus Nachen kam, geriet auf ein falsches Gleis und fuhr auf einen stehenden Zug auf. Die beiden ersten Wagen wurden zertrümmert. 22 Personen sollen dabei den Tod gefunden haben.

Siresmann über die Aussichten des Widerstandes.

(TU) Abg. Dr. Siresmann hielt in Münster einen Vortrag, der indirekt den Boden für die große Koalition bereiten soll. Als politisch besonders bemerkenswert verdient hervorgehoben zu werden, daß Siresmann nicht so sehr die Karriere als Widerstand für die heutige auf reiner politischer Macht eingestellte Richtung in Frankreich verantwortlich macht. Diese Richtung sei durch den Vertrag von Rapallo gestärkt worden. Innerpolitisch wird die Neuierung Siresmanns stark erörtert werden, daß wir selbstverständlich auch einmal zum Regieren, zur Bekämpfung der Sachverhalte greifen müssen, aber erst dann, wenn wir wüßten, daß damit ein Ende in den deutschen Reparationsleistungen erreicht werde. Die

Frage, ob der Widerstand im Ruhrgebiet richtig gewesen sei, beantwortete der Redner dahin, daß er nicht nur richtig, sondern das Einzige gewesen sei, was uns überhaupt Rheinland und Ruhrgebiet erhalten könnte.

Der Reichstag

hielt am Donnerstag nur eine kurze Sitzung ab, da die beabsichtigte Erledigung der Goldanleihevorlage an dem Widerspruch der Kommunisten scheiterte. Man überwies das Kohlensteuergesetz dem zuständigen Ausschuss und nahm Vorlagen an, durch die das Gewerbevertrags- und das Kaufmannsgerichtsgesetz der Geldentwertung angepaßt werden. Auch einer Erhöhung der landesamtlichen Gebühren wurde zugestimmt. Dann beschäftigte man sich mit dem Presse-notengesetz, gegen das der Reichsrat Einspruch erhoben hatte, weil der Reichstag die Kohlenabgabe auf 2% herabgesetzt habe. Der Reichstagsausschuss gab nun nach und begnügte sich mit 1½%. In einer Entschließung empfahl er, für die Zukunft 2% zu erheben und 5% vom Ertrage den Ländern zur Verteilung der Schuldtitel zu überweisen. Der Ausschussantrag und die Entschließung wurden angenommen. Der Präsident sprach die Hoffnung aus, daß auch der Reichsrat diesem Kompromiß zustimmen werde. Man setzte dann auf die zweite Lesung des Haushaltsplanes fort, und zwar beim Verkehrsministerium bei der Abteilung für Wasserstraßen, für Luft- und Straßentrassen. Ohne Aussprache wurden diese Haushaltspläne erledigt. Das Haus vertagte sich darauf auf Freitag.

Der Preussische Landtag

beendete am Donnerstag zunächst die allgemeine Aussprache zum Domänenhaushalt. Man unterließ sich weiter über die Frage, welche Naturalprodukte bei der Naturalpacht die Grundlage bilden sollen. Nachbarmachung der großen Moore wurde zur Hebung der Produktion gefordert. Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter wurden besprochen. Im Mittelpunkt der Aussprache stand aber die Not der landwirtschaftlichen Rückwanderer aus den Gebieten, die wir verloren haben. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei und der Demokraten schlägt zur Steuerung dieser Not Verhandlungen mit den Domänenpächtern vor. Diese sollen, ohne daß ein Zwang ausgeübt wird, ernsthaft werden, bezüglich des größten Teils des Domänenlandes auf ihre Rechte aus dem Pachtverträge zu verzichten. Dafür soll ihnen der Rest der Domänen gegen angemessene Entschädigung zu jeigen übertragen werden, oder es soll ihnen langfristige Weiterverpachtung gewährt werden. Auch an die gemeinnützigen Siedlungs-gesellschaften soll mit bestimmten Vorschriften herantreten werden, um auch auf diesem Wege eine Wiederanweisung der landwirtschaftlichen Rückwanderer zu ermöglichen. Mit dem ersten dieser Ausschussverhandlungen wird sich der Siedlungsausschuss noch zu beschäftigen haben, der zweite Teil bezüglich der Verhandlungen mit den Siedlungsgesellschaften fand die Annahme des Hauses. Die Ausschussanträge wurden in der Hauptsache angenommen.

Das Haus trat sodann in die zweite Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung ein. Abg. Binscher (D. V. P.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. — Abg. Osteroth (Soz.) stellt der durch den Einbruch in das Ruhrgebiet hart bedrängten Ruhrbevölkerung die höchste Anerkennung und erklärt, Frankreich werde mit seinem Versuch keinen Erfolg haben, sein Defizit in der Montanindustrie auszugleichen durch die Vergrößerung der deutschen Eisenindustrie. Der Lohnanteil des Bergmanns im Gewinn betrage heute nur noch 18%. (Hört hört bei den Soz.). Das sei völlig unzureichend. Wir wünschen den wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich, um den Zusammenbruch zu verhindern. Die Preispolitik der großen Monopole und die Spekulation müsse vom Staat scharfer kontrolliert werden. Die Stabilisierung der Mark war notwendig, kam aber viel zu spät. Die Staatsregierung muß der Reichsbank das Maßrath halten. Die Ruhrbekämpfung muß auf alle Erzeuger ausgedehnt werden. Wir brauchen die Restitution der Kaufkraft der Mark und damit der Löhne. — Abg. Dr. Sager (Zentr.) begrüßt die Einheitsfront und wünscht weiter, daß der Einfluß Preußens bei der Reichsregierung zur Förderung des Wirtschaftslebens sich stärker geltend macht. Dem Ruf nach Bekämpfung des Ruhrers schließen wir uns an. Man darf aber nicht lediglich den Kleinhandel treffen, der häufig unschuldig ist. Wir wünschen schleunige Vorlegung eines neuen Gewerbeenergiegesetzes. Darauf vertagte sich das Haus auf Freitag.

Kleine Nachrichten.

Eine in Manchester abgehaltene Versammlung der amerikanischen Abteilung des Bundes der Baumwollspinnereibesitzer beschloß die Erzeugung im Monat März bis zu 50 Prozent einzuschränken. Davon werden über 1000 Arbeiter betroffen.

Westfalen und Rheinland.

Das Heiratsrecht der Lehrerin.

Kamen, 2. März. Bereits in seinem in der öffentlichen Sitzung gefassten Beschluss vom 10. Mai 1922 hat das Reichsgericht ausgesprochen, daß die Artikel des Bayerischen Volksschullehrergesetzes ungültig sind, welche bestimmen, daß das Dienstverhältnis der bayerischen Volksschullehrerinnen mit der Eheschließung erlischt. Denn solche Sonderrechtsbestimmungen stehen im Widerspruch mit dem Artikel 123 der Reichsverfassung, worin bestimmt ist, daß alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt werden. Mit einer ähnlichen Entscheidung hat das Reichsgericht sich jetzt in der öffentlichen Sitzung vom 5. Januar dieses Jahres zu befassen gehabt. Der Württembergische Staat hatte der Hauptlehrerfrau Hermann, die seit dem Jahre 1917 als Hauptlehrerin angestellt war, nach ihrer Verheiratung gekündigt. Er entnahm das Recht hierzu dem Art. 17 des Volksschullehrergesetzes vom 17. Mai 1920 in Verbindung mit dem Art. 1 des Beamtengesetzes vom 1. Oktober 1912. Entgegen dem Landesgericht Stuttgart ist das württembergische Oberlandesgericht dem Beklagten beigetreten und hat die von der Klägerin erhobene Klage auf Fortzahlung des Gehalts, sowie auf Anspruch von Gehalts-erhöhung und Ruhegehalt abgewiesen. Das Reichsgericht hat jedoch das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und die Ansprüche der Klägerin als berechnigt anerkannt. Wie in dem Beschluss vom 10. Mai 1922 geht auch diesmal das Reichsgericht davon aus, daß es sich bei den landesgesetzlichen Bestimmungen um Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte handle, die durch die Reichsverfassung beseitigt sind. Grundtätig hat die Reichsverfassung die Gleichstellung der Geschlechter gleichgestellt. Unrichtig ist es, so wird in den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen noch ausgeführt, wenn das Oberlandesgericht annimmt, daß der verheirateten Lehrerin durch das Recht der Eheschließung auch das Recht eingeräumt werde, neben den Berufspflichten, sich außeramtlichen Pflichten zu widmen. Hierbei wird verkannt, daß alle Beamten, also auch die verheirateten, sich außerhalb des Berufs nur soweit betätigen dürfen, als nicht die Erfüllung ihrer beruflichen Pflichten darunter leidet. (III 474/22. — 5. 1. 23.) — Nachdruck verboten.

Kamen, 2. März. (Verschiedenes.) In der 6. Jahreswoche vom 4. bis 10. Februar sind im Landkreis Hamm folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Kindbettfieber 3 (1 Mann; Todesfälle durch Tuberkulose 3 (1 Mann, 2 Frauen, 1 Kind), Grippe 3 (1 Mann, 1 Frau, 1 Kind), Scharlach 3 (1 Mann, 1 Frau, 1 Kind), Diphtherie 19, Scharlach 35 (2), Kindbettfieber 14 (8), Keuchhusten 9, Tuberkulose (95), Unterleibstypus 8 (2), Grippe 19 (22), Genickstarre 2 (2), Schlafkrankheit 3 (2), Paratyphus 1, Ruhr 12.

Der Wert der Mark.

Es waren zu zahlen:

	am 1. März	am 1. Februar	am 2. Januar
Holland 1 Gulb.	9025 M.	16400 M.	2860 M.
Schweden 1 Kr.	6050 "	11100 "	1945 "
Schweiz 1 Fr.	4275 "	7800 "	1350 "
Frankreich 1 F.	1390 "	2460 "	535 "
England 1 Pf.	107250 "	193000 "	33500 "
Amerika 1 Doll.	22800 "	41500 "	7250 "

Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 1,68 M., in Schweden 1,12 M., in der Schweiz und Frankreich 80 Pfg., in England 20,45 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde den städtischen Betriebswerken eine Anleihe von 20 Millionen Mark genehmigt, die Summe soll für die Errichtung einer Benzolfabrik und Beschaffung einer Dienstferrie verwendet werden. Bei den angeforderten weiteren 30 Millionen für Kohlenreserve wurde dem Betriebsausschuß die Ermächtigung gegeben, nach nachträglicher Prüfung die Anleihe aufzunehmen und auszugeben. — Bei dem Punkt Nachtragshaushaltsplan wurde ein Defizit von 20 Millionen angenommen, das gedeckt werden soll durch 140.000 Grundsteuer, 60000 Gebäudesteuer, 81000 Gewerbesteuer und 81000 Betriebssteuer. 9640.000 Mark werden durch Kopfsteuer aufgebracht, dementsprechend wurde auch die Gewerbesteuer geändert. An Kopfsteuer sollten gezahlt werden bis 100 Personen 600 Mark, 101–200 Personen 900 Mark, 201–500 Personen 2000 Mark, weitere 700 Personen 3500, weitere 800–2000 Personen 5000 und übersteigende Zahl 7200 Mark. — Die Hundesteuerordnung wurde dahin geändert, daß für den 1. Hund 1000 Mark, für den 2. Hund 2000 Mark, für den 3. Hund 4000 Mark, für jeden weiteren Hund 6000 Mark, für Zwingersteuer 4500 Mark gezahlt werden müssen. — Wir kommen des Näheren auf die Verhandlung zurück.

(Beförden und Presse.) Der Regierungspräsident von Schleswig hat folgende Verfügung an die Oberbürgermeister und Landräte erlassen: „Ich mache darauf aufmerksam, daß die Presse angesichts ihrer außerordentlich schwierigen Lage zur Veröffentlichung behördlicher Schriftsätze im redaktionellen Text dann nicht herangezogen werden sollte, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die zur Behandlung im Wege bezahlter Anzeigen geeignet wäre. Durch die Inanspruchnahme des redaktionellen Textes würde von den Zeitungen eine Gabe ohne Gegenleistung gefordert.“

Der Steuerauschuß des Reichstages nahm einen Antrag an, wonach die Angehörigen der freien Berufe bei der Veranlagung für 1922

20% ihres Einkommens, höchstens aber 30.000 Mark als Verbekosten in Abzug bringen können. (Freie Jüdische Wirtschaft.) Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates befaßt sich mit dem Vorschlag des Ausschusses für die Landwirtschaft über die Einführung der freien Jüdischen Wirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1923/24.

Aus der Angestelltenversicherung.

Das Ruhegeld besteht aus einem Grundbetrag und einem Steigerungsbetrag, dazu tritt eine Teuerungszulage, die jährlich 9000 M. beträgt. Der Grundbetrag ist für alle Gehaltsklassen 720 Mark. Als Steigerungsbetrag werden gewährt für jeden Beitragsmonat:

In Gehaltsklasse I: 5,40 M., 2: 10,80 M., 3: 21,60 M., 4: 32,40 M., 5: 43,20 M., 6: 54,00 M., 7: 64,80 M., 8: 75,60 M., 9: 86,40 M., 10: 97,20 M., 11: 108,00 M., 12: 118,80 M., 13: 129,60 M.; in der bisherigen Gehaltsklasse A: 0,55 M., B: 0,85 M., C: 1,15 M., D: 1,50 M., E: 2 M., F: 2,50 M., G: 3 M., H: 4 M., I: 5 M., J: 10 M., K: 15 M., L: 30 M., M: 50 M., N: 75 M., O: 100 M. — In den Leistungen der Angestelltenversicherung treten als Ergänzung die Steigerungen der Invalidenversicherung für arbeitsunfähige Beitragsgegner dieser Versicherung. Für Kinder unter 18 Jahren erhöht sich das Ruhegeld für jedes von ihnen um jährlich 960 Mark. Das gleiche gilt für elternlose Enkel, deren Unterhalt der Ruhegeldempfänger ganz oder teilweise bestritten hat.

(Meine Beschränkung des Dortmund-Jugendsportplatzes.) Infolge der Maßnahmen der französischen Besatzungsbehörden war der Dortmund-Jugendsportplatz nicht besichtigt worden. Die Besichtigung haben jedoch heute befohlen, vom 14. März ab den Markt wieder regelmäßig zu besichtigen, in der Hoffnung, daß ihnen die Verkehrsverhältnisse dies wieder gestatten werden.

(Meine neuen Formationen oder Organisationen.) Im Preussischen Ministerium des Innern fand unter Leitung des Ministers Severing eine Sitzung sämtlicher Oberpräsidenten statt. Den Oberpräsidenten wurde erneut die bestimmte Weisung erteilt, im ganzen preussischen Staatsgebiet jedem Versuch einer Bildung von Formationen oder Organisationen, von welcher Seite und zu welchem Zwecke er auch unternommen werden möge, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten.

Die T-Flüge, die seit der Besetzung des Ruhrgebietes als Sparmaßnahme ausfallen mußten, werden, wie wir hören, in Anbetracht der außerordentlichen Bedeutung der Leipziger Messe für das deutsche Wirtschaftsleben auf den Linien, die Leipzig berühren, in der Hauptsache vom 1. bis 10. März wieder eingelegt. Die einzelnen Flüge werden durch Anschlag auf allen größeren Bahnhöfen bekanntgegeben.

(Aus der Sängerwelt.) In Bochum verstarb am Montag der in allen Sängerkreisen rühmlichst bekannte Chormeister Lorenz Rebert, der durch seine wahrhaft glänzenden Leistungen mit den verschiedensten Vereinen (Konfordia-Essen, M.G.B. „Einigkeit“, Bochum, Dortmund Männergesangsverein) dem deutschen Lied in Rheinland und Westfalen den Platz und die Sympathien errang, die es heute hier hat. Seine Erfolge mit der Konfordia-Essen auf dem 1. Kaiserfesten in Kassel und später mit den Dortmunder Männern in Frankfurt sind allen Sängern bekannt. Reberts Vertonungen einzelner Volkslieder gehören zum ständigen Schatz der Vereine, z. B. Morgenrot, Zu Mantua in Vanden. Reberts Sohn ist der berühmte Hamburger Pianist Otto Rebert.

Das kaiserliche Ehrengelicht, das die Preussische Regierung bedürftigen Ehepaaren aus Anlaß der Goldenen oder Diamantenen Hochzeit gewährt, wurde auf 2000 Mark erhöht.

Kein Zahlungsanspruch, wenn die Ware im Schleichhandel erstanden wird.

Der Inhaber der Obstweinhandlung S. zu B. (Helmholtz) war im Jahre 1918 Aufkäufer von Lebensmitteln für die Stadt B. (Westf.). Im April 1918 schloß er außerhalb der Zeitfrist mit dem befallenen Kaufmann J., der auf dem Lebensmittellager der Stadt B. tätig war, einen Kauf über Obstwein-Schnaps und Lebensmittel ab. Trotz der unrichtigen Bezeichnung als „Almugur“ wurde die für den Befallenen J. bestimmte, aus Branntwein, Bohnen und Aprikosen bestehende Sendung auf dem Bahnhof Dortmund behördlich beschlagnahmt. S. wurde deshalb vom Schöffengericht Dortmund am 23. April 1919 zu einer Gefängnisstrafe von 5 Tagen und 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Er verlangte nunmehr vom Beklagten den Kaufpreis für die beschlagnahmten Waren, unter anderem mit der Behauptung, daß sie miteinander verabredet hätten, sie wollten sich im Falle der Beschlagnahme der Ware in den Verlust teilen. Landgericht Dortmund, Oberlandesgericht Hamm und Reichsgericht haben die Klage auf Zahlung des Kaufpreises abgelehnt. Das Oberlandesgericht unterstellte zu Gunsten des Klägers, daß der Kaufvertrag zustande gekommen ist, weil die Klage aber aus zwei selbständigen Entscheidungsründen abzuweisen, weil der Kläger Schleichhandel getrieben habe und dann, weil auch der Beklagte sich des Schleichhandels schuldig gemacht hat. Das Reichsgericht läßt nur den zweiten Entscheidungsgrund gelten, indem es dazu in seinen Entscheidungsgründen ausführt: Die Schleichhandelsverordnung verbietet nur den Erwerb, nicht die Weiterveräußerung. Da der Beklagte durch den Erwerb der Waren selbst Schleichhandel betrieb und der Kläger ihm Hilfe geleistet hat, ist der Vertrag gemäß § 134 B.G.B. nichtig. Das Geschäft ist gleichzeitig auch wegen Verstoßes gegen die guten Sitten nach § 138 B.G.B. nichtig. Denn das Treiben der Schleichhändler, die aus der Not der

Zeit ein eintägiges Geschäft machten und dabei die knappen Vorräte für den Lebensbedarf des ganzen Volkes zu Gunsten weniger verringerten, verstieß gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden. (Mittelscheidt: II 687/21. — 27. 6. 22.)

(Neues Reichspatent.) Herrn C. Strud von hier, Westfalen, ist unter Nr. 372.479 ein deutsches Reichspatent erteilt worden für Putz- und Poliermittel zum Reinigen von Glas und Glaswaren. Dieses neue Glasreinigungsmittel schaltet den Gebrauch des sonst allgemein benutzlichen Fensterlebers aus, ferner fällt das Abwaschen und Spülen vollständig fort. — Die Anwendung ist denkbar einfach, äußerst sauber und erspart Zeit, Mühe und Geld.

In welcher niederträchtiger Weise die Franzosen vielfach mit deutschen Staatsbürgern umbringen, kann der Beobachter, der gezwungen ist, heute die Eisenbahn zu benutzen. Ob Krüppel, ob ältere Männer und Frauen in Frage kommen, stört diese Heiden, die Kulturträger der „großen Nation“, wenig. Man sieht es ihnen an, daß ihr Tun und Lassen nur auf Schätze angelegt ist. So wurde vor kurzem auf der Kontrollstation Hengstey ein Mütterchen in silberweißem Haar von den kontrollierenden Franzosen aufgefordert, ihre Tasche aus dem Gepäck zu holen. Obwohl die alte Frau beteuerte, daß die Handtasche leer sei, wiederholte der Franzose in frecher Form und Drohung seine Forderung. Und das Mütterchen hat trotzdem Recht behalten, die Tasche hatte keinen Inhalt. — Ueber ein anderes Vorkommnis wird uns berichtet. Mit dem Zuge Hannover-Dortmund fuhr vor wenigen Tagen ein Krüppel, halb gelähmt, der seinen Unterhalt aus dem Verkauf von Nistkästen aufnahm, in Bielefeld. In Bielefeld kommt die Kontrolle, der Krüppel ist nicht fähig, so schnell den Bag aus der Tasche zu holen. Das paßt dem ansehend überweisen Franzosen nicht, ihn packte die Wut und kurz entschlossen schmeißt er den Krüppel aus dem Zuge. Wo liegen nun die vielgenannten Barbaren?

(Einbruchdiebstahl.) Der Handelsmann Albert Knapinski aus Dortmund ist angeklagt, am 19. Dezember v. Js. mit zwei nicht ermittelten Genossen in Kamen beim Kaufmann Jibor Wallach mittels Einbruchs ein Damenkleid und einen Pelz im Werte von 200.000 Mark aus dem Laden gestohlen zu haben. K., der schon wiederholt wegen Diebstahls bestraft ist, leugnet. Er stellt nicht in Abrede, am 19. Dezember früh nach Kamen gefahren zu sein, will aber dort nach einem, übrigens nicht auffindbaren Beggmann Morau gesucht haben, der ihm eine Kaputte Uhr aufhängt, um sein Geld wieder zu bekommen, außerdem will er sich dort nach Arbeit umgesehen haben. Schon eine halbe Stunde nach seiner Ankunft in Kamen ist er schon wieder auf dem Bahnhof gewesen, wo er als der oben bekannt gewordenen Diebstahls verdächtig festgenommen wurde. Zu seinem Recht ist er von einigen Deuten wiedererkannt worden, daß er kurz vor dem Einbruch mit zwei anderen Burden vor dem Wallach'schen Laden gestanden hat. Durch sein Zeugnis verfestigte er sich vor der Strafkammer die milderen Umstände. Das Urteil lautet auf 2 Jahre Zuchthaus, wovon 1 Monat 1 Woche Untersuchungshaft angerechnet wurden; auch wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt.

(Dortmund, 1. März. (Verschiedenes.) Ein zwanzigjähriges Dienstmädchen tötete aus Verzweiflung ihr Kind mit Essig. Das Mädchen war, weil es vor der Entbindung stand, aus der Stellung gegangen. Nach der Niederkunft lernte das Mädchen mit dem Kinde planlos umher. Während einer fünfjährigen Irrfahrt sah die Bedauernswerte den schrecklichen Plan, das ihr ungeliebte kleine Wesen aus der Welt zu schaffen. Sie gab dem Kinde Essig, was den alsbaldigen Tod des Säuglings zur Folge hatte. Die kleine Kindesleiche wurde die unglückliche Mutter dann in einen Papkarton und irrte mit dem unheimlichen Paket drei Tage umher, bis sie vorgefunden am Hauptbahnhof festgenommen wurde. — Von der Schuppostzeit wurde ein Einbrecher verhaftet, der ein großes Paket Wäschestücke mit sich führte, die aus einem Diebstahl herührten. Der Verhaftete war erst vor kurzem, nach Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe wegen Einbruchdiebstahls, aus dem Gefängnis entlassen worden.

(Leverde, 1. März. Wider das Sprengstoffgesetz haben sich die im Jahre 1905 in Alverde geborenen Vergleise Heinrich Strick und Ludwig Ortman vergangen. Beide waren auf der Bege „Schärfant und Charlotenburg“ tätig. Ortman unterzuchte, als er mal Kreide zu holen hatte, eine neben der Kreide stehende Kiste des Schießmeisters und fand darin Patronen und Ähnliches. Ortman und Strick, der die Kreide auszugeben hatte, nahmen 3 Patronen an sich, um sie zum Neujahrsfeiern zu verwenden. Zu Neujahr schossen sie auf einer Wiese am Silber Kirchweg eine Patrone ab. Durch den Aufschlag wurde eine Frau Prüßle zu Boden geschleudert. Zum Glück hat Frau B. keinen Schaden erlitten. Wegen Diebstahls und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz beantragte der Staatsanwalt gegen jeden der jungen Sünder 1 Jahr 14 Tage Gefängnis und 4 Wochen Haft. Die Strafkammer in Dortmund verurteilte die Angeklagten zu je 6 Monaten Gefängnis, beschloß jedoch Strafausschließung, falls die Angeklagten je 200.000 Mark Geldstrafe zahlen.

(W) Essen, 1. März. (Die Preissteigerung.) Vom 1. Januar bis 26. Februar haben sich die Preise der wichtigsten Lebensmittel verdreifacht, für Getreide vervielfacht, für Fleisch sogar vervielfacht.

(TU) Essen, 1. März. (Ein neuer Brauer.) Die im Wasserwerk in Essen wohnende Familie Wieseke (Frau und 10jährige Tochter) unterhalten mit den Besatzungstruppen allzu freundliche Beziehungen. Die Erregung der Einwohner ist darüber sehr groß. Die Veröffentlichung erfolgt auf deren Anordnung.

Essen, 23. Febr. Nach sechswöchiger Dauer ist jetzt der große Krupp'sche Drehstuhlprozess nach mancherlei Hemmnissen und Zwischenfällen zu Ende gegangen. Von den 19 Angeklagten sind 5, denen die Schuld nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden konnte, freigesprochen worden. Unter ihnen befinden sich auch die drei Angeklagten der Phönixhütte in Hörde, denen Geheire beim Anlauf der gestohlenen Krupp'schen Materialien zur Last gelegt wurde. Im übrigen wurde zum Teil auf schwere Gefängnis- und Zuchthausstrafen erkannt.

(TU) Elberfeld, 1. März. (Handgranaten in das Maschinenhaus.) Auf das Gebäude des sozialdemokratischen Elberfelder Parteibüros „Die freie Presse“ wurde in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ein Attentat verübt. In den Maschinenraum wurde eine Handgranate geworfen, die zum Glück nicht explodierte. Die Täter sind unerkannt entkommen.

(W) Koblenz, 27. Febr. (Zug entgleist.) Montag nacht zwischen 11 und 12 Uhr ereignete sich auf der militärischen Strecke Koblenz, beim Bahnhof Königsbach ein Unfall, wobei eine Lokomotive und 7 Wagen des Zuges entgleisten. Welche Geleise waren mehrere Stunden gesperrt. Nachdem der Verkehr wieder freigegeben war, ereignete sich Montag mittags zwischen 12 und 1 Uhr ein neuer Unfall, wobei die Lokomotive und 5 Wagen entgleisten und erheblich beschädigt wurden. Ob Personen zu Schaden kamen, ist unbekannt.

Im Hauptausschuß des Reichstages.

erklärte bei der Beratung über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums Reichswirtschaftsminister Dr. Wedder, das Einkommen und Verbrauch in Esser werde nur von französischen Kräften verwaltet und diene in der Hauptsache der Handelsbesatzung. Er habe bereits den in Frage kommenden Handelsvertretern die Inanspruchnahme dieses französischen Anteils verboten, das auch glücklicherweise nicht benutzt werde. Zur Wirkung der Ruhrgebietsbesetzung betonte der Minister, daß die Eisen- und Kohlenproduktion im besetzten Gebiet: wie bisher weitergehe, soweit die Werte nicht von sich aus die Produktion beschränken, da der Vorrat schon außerordentlich groß sei. Was die Kohlenförderung anbetraf, so habe nach dem, was die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und Belgier unter der Arbeiterkraft eine starke Beunruhigung hervorgerufen, die der Förderung nicht zuträglich sei. Soweit nicht Kohle und Eisen im Ruhrgebiet selbst verwendet werden könnten, würden sie auf Vorrat genommen. Die weiterverarbeiteten Industriemittel habe am meisten unter den mangelhaften Verkehrsverhältnissen zu leiden. Ein Rohstoffmangel für die weiterverarbeitende Industrie bestehe aber nicht. Im unbesetzten Gebiet sei durch die Abschneidung der Kohlen- und Eisenversorgung ungewöhnlich Schwierigkeiten entstanden. (Mittelscheidt) biete sich genügender Ersatz durch die mit allen Mitteln auch vom Ausland unterstützte Kohleneinfuhr aus dem Ausland. Alle Schwierigkeiten hätten sich bis jetzt auch infolge der günstigen Devisenentwicklung gut überwinden lassen. Auch die Einfuhr von Kohle, Eisen sowie die Walzwerkzeugnisse und sonstigen Halbzeuge aus den anderen Staaten außer Frankreich und Belgien sei durch Zollmaßnahmen erleichtert worden. Außerdem solle die Einfuhr durch Frachtermäßigungen begünstigt werden. Im übrigen sei die Versorgung von Kohle und Eisen auch im unbesetzten Gebiet wegen großer Lager als beruhigend zu bezeichnen. Im Benehmen mit den besetzten Kreisen habe man dafür gesorgt, daß durch angemessene Kreditbewilligungen in besetzten Gebieten nennenswerte Schwierigkeiten nicht entstehen könnten. Weiter betonte der Reichswirtschaftsminister, daß es den Franzosen auch bis jetzt nicht gelungen sei, Kohlen und Eisen in nennenswerten Mengen über die französische Grenze zu bringen. Der Preisabbau könne nicht so schnell erfolgen, wie der Devisenrückgang sich vollzogen habe. Wenn es gelingen werde, die Vergarbeiterlöhne auf der derzeitigen Höhe zu halten, so sei ein wichtiger Schritt zur Abmilderung der allgemeinen Preisfrage getan. Es läge im Interesse der Arbeiterschaft, sowie des ganzen deutschen Volkes, wenn die nun endlich schwach einsetzende Entwicklung der Warenpreise nach unten nicht dadurch gehemmt werde, daß sie durch eine weitere Erhöhung der Vergarbeiterlöhne und Kohlenpreise und damit der gesamten Basis für die Preisgestaltung wieder nach oben gedrückt werde. Im Interesse einer Preissteigerung und der sich daraus ergebenden Gestaltung des allgemeinen Preisniveaus müsse der Wertspreis möglichst auf der jetzigen Höhe bleiben.

Ein enlisches Urteil.

(W) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, daß Angelegenheiten für einen in Paris herrschenden Wunsch, einen ton inentalen Vloed zu schaffen, und für die Abstütz befürworten, die Ruhrbesetzung zu beenden, um Sicherheiten gegen einen Angriff ebenso wie Sicherheiten für die Entscheidung zu erhalten. Der Bericht erstatter schreibt, soweit bekannt sei, müßten die Franzosen im geeigneten Augenblick mit den Deutschen zusammen einen neuen Vertrag abschließen, der ihnen die Vorteile gebe, die im Jahre 1919 nicht erreicht wurden.

Zu schreiben halbamtlich der „Daily Telegraph“, die britische Regierung habe keine amtliche Kenntnis von den in einflussreichen Organen der französischen Presse vorgeschlagenen Plänen, einen ständigen internationalen Organismus zur Kontrolle der Rhein- und Ruhrfrage zu schaffen, der eine Vürgschaft für die militärische Sicherheit Frankreichs biete. Ein derartiger Plan würde, wie klar ersichtlich sei, in volkommenem Widerspruch zu den von den französischen und der belgischen Regierung wiederholt abgegebenen Versicherungen stehen, daß keine Annexion beabsichtigt sei. Ein Organismus dieser Art würde vielmehr nichts anderes bedeuten, als verteilte Annexion. In amtlichen britischen Kreisen werde auch der von denselben französischen Blättern der französischen und der belgischen Regierung zugeschriebenen Abstütz mit Deutschland einen neuen Vertrag, unabhängig von Großbritannien, abzuschließen oder ihn zu erzwingen, kein Glauben geschenkt. Ein solcher neuer Vertrag würde den Versailles

Vertrag nicht ergänzen, sondern ihn zerstören, denn nach dem Zerfall der Vertrag könne keine allgemeine und endgültige Regelung der Unabhängigkeitsfrage erfolgen, außer durch eine allgemeine Vereinbarung der in dem Wiederherstellungsausschuß vertretenen Mächte, zu denen Großbritannien gehöre. Es sei auch völlig un begründet, daß die augenblickliche italienische Regierung mit einem Sondervertrage dieser Art in Verbindung gebracht werde. Mussolini habe niemals in seinem Widerstand gegen eine Ausdehnung der allierten militärischen Besetzung des Ruhrgebietes geschwankt, und die Ergebnisse dieser Besetzung bis zum heutigen Tage hätten sich nur in seinem Widerstand bestärkt. Der Gedanke einer wirklichen Trennung des Rheinlandes vom Reich und einer Annexion, direkter oder indirekter Art, würde Italien vollkommen am Boden sein. Der „Daily Telegraph“ erklärt, es müsse, daß die verantwortlichen Staatsmänner jenseits derselben Ansicht seien.

Die Versenkung der Lusitania eine berechnete Kriegshandlung.

Das Neuhofer Appellations-
gericht hat Ende Januar, wie erst jetzt aus
einem Bericht der Deutschen Allgemeinen Zeitung
bekannt wird, in einer Entscheidung fest-
gestellt, daß die Versenkung des
Gunard-Dampfers Rissantia nicht als
ein „Seeüberbretchen“, sondern als eine
regelmäßige Kriegshandlung anzuse-
hen ist.

Diesem Spruch des höchsten Gerichtshofes des Staates NeuYork kommt eine Bedeutung zu, die kaum irgendeiner der zahllosen Nachkriegsentfaltungen, denn an die ungewollten Folgen dieses Schiffsunfalls mußten sich alle die Mafereien der berufsmäßigen DeutschenReserven und auch so manches traurige Kopfschütteln von Leuten, die Deutschland wohl mochten, die Zeit aber nicht billigen konnten. Nun endlich nach fast acht Jahren kommt Licht in die Sache, nachdem die Wilsonregierung den Welt die Wahrheit, die sie in Sünden hatte schändlicherweise unterlagene hatte. Zwei Mafälle, die nicht im Machtbereich Wilsons lagen, brachten die „Gebung“ der Lusitania-Wahrheit zuwege. Zunächst meldete sich der Mann zu Wort, der Wilson schon vor der Todesfahrt des Unheilschiffs amtlich Meldung über die Ladung der Lusitania erstattet hatte, und dann kam eine nüksternere Schadenersatzklage gegen eine amerikanische Versicherungsgefeellschaft, die sich weigerte, die Verstärkung zu zahlen, weil ein Klausel sie von der Zahlung entband, wenn der Tod durch Kriegsschiffankommen verursacht wurde. Die Ladung wurde bekannt, als dem Bahfbesande, des Jahres 1920 der oberste Hofenbezug, der die Adelsliste an Wilson gegeben hatte, Dubley Field Malone, Kamtbauder Farmers- und Arbeiterpartei für den NewYorker Gouverneursposten war. In der letzten Rede seines Bahfbesandes enthielt er, was der Welt bis dahin verborgen geblieben war, daß die Lusitania elf Tonneschwarzen Pulvers in Form von Panzrakronen mit sich fuhre, die in 4200 Rifen verpackt waren. Wie Malone in seiner Rede mitteilte, verlangte Senator La Follette, daß aus dem Senat gestochen werden sollte, was Schamant die Mitteilung des Maloneschen Wrichts. Das Schamant verwies ihn an das Staatsdepartement, das indes die Mittelkumverweiger, weil der Bericht ein Teil des Geheimarchivs geworden sei. Damit wäre der Senator der Mahnwiese unterbunden gewesen, da die Lusitania kein harmloser Personenampfer war, sondern ein Kriegsschiff, und damit wollte er um seinen Kopf gefahren gewesen. Da grüßte Herr Malone ein und erbot sich, als Zeuge für La Follette aufzutreten, da er nicht gewillt sei zusehen, wie ein Mann unschuldig gefreugt werde. Daraufhin wurde die Unterfuchung des Senats gegen La Follette von Woche zu Woche verschoben, und schließlich verließ sie blltlich Sande. Anfang Dezember 1922 veröffentlichte Malone seinen Bericht in der „New York World“ und in der NewYorker Wochenfchrift „The Freeman“ vom 17. Januar 1923, meldete sich ein Herr Winthrop Panhurst zu Wort und bezeugt, daß die Lusitania nicht nur Sprengstoffe an Bord hatte, sondern daß trotz der geranteiligen Behauptung des Saksollektors Malone auch bewaffnet war. Er sagt wörtlich: Die Tatsache bleibt bestehen, daß am 1. Mat 1915 etwas der Aufmerksamkeit der Beamten entfiel, und dieses Etwas war eine Kanone. Sie war unzweifelhaft im Innern des Schiffes verborgen gehalten, es von Land gegangen war. Aber an Bord der Lusitania muß sie irgendwo gewesen sein, als das Schiff ausließ, denn als dieses an untere NewYork erreichte, wollte es der Fall, daß ein Tragfchiff der Staten Zusanfink beinahe unmittelbar am Stern der Lusitania vorbeifuhre, und zu dieser Zeit war schon eine Kanone auf dem Hinterdeck der Lusitania aufgestellt, und jedermann, der sie sah, wollte, konnte sie sehen.

Zustimmung des Reichsrates zur Dollaranleihe.

(TU) Der Reichsrat stimmte in seiner gezeigten Billigkeit dem Entwurf eines Gesetzes über die Beschaffung von Mitteln zur Bildung eines Devisenfonds zu. Nach der Vorlage soll bekanntlich der Finanzminister 50 Millionen Dollar durch Ausgabe von Schatzanweisungen stützen. Die näheren Bestimmungen über Verzinsung usw. sollen dem Finanzminister überlassen bleiben. Die entstehenden Beträge sind zu verwenden zur Bildung eines Devisenfonds im Interesse der Stützung der deutschen Währung. Der Fonds soll von einer besonderen Stelle verwaltet werden und das Gesetz nach dem Tode seiner Verkündung in Kraft treten. Es ist beabsichtigt, die Anleihe auf drei Jahre laufen zu lassen. Die Einzahlungen sollen am 15. März, 15. April und 15. Mai erfolgen. Zinsseine werden den Schatzanweisungen nicht beigegeben. Vielmehr sollen wenigstens nach den bisherigen Plänen bei der Rückzahlung für 100 Dollar 120 Dollar zurückgegeben werden, was einer Verzinsung von 6% entsprechen würde. Der Reichsbank wird sämtliche Bürgschaften übergeben.

**Die erste Sitzung des Arbeitsausschusses
des deutschen Volksopters.**

(IV) In der vergangenen Woche fand die erste Sitzung des Arbeitsausschusses des Deutschen Volksoffiziers statt. Der Arbeitsausschuß bestanden aus Vertretern der künftigen deutschen

Länder zusammen, deren Gebiete besetzt sind, ferner aus Arbeitnehmern und Unberühmten, Vertretern der großen Organisationen, der Presse, der Kommunalverbände und der Mithilfe. Genehmigt wurde u. a. die bereits erfolgte Ueberweisung von über einer Milliarde Mark zugunsten der Notleidenden in den besetzten Gebieten. Ferner wurden 500 Millionen als vorläufige Raten für die Entsendung von Männern bereitgestellt. In Preußen, Bayern usw. haben sich Landesauschüsse des Deutschen Volksoffiziers gebildet. Soweit es sich um solche Länder handelt, die besetzte Gebiete haben, sind ihre Landesauschüsse in Zukunft berechtigt, 80 Prozent ihrer Einnahmen unmittelbar zur Behebung der Notstände in ihrem Gebiet zu verwenden. In der Organisation des Deutschen Volksoffiziers tritt infolgedessen eine Veränderung ein, als die vorläufige Geschäftsstelle Berlin N. 40, Schanhorststraße 35, in Zukunft nur noch für die Vortragung der Mittel verbleibt (Sammelstelle), während für die Frage der Anlage der Gelder eine neue Verwaltungsstelle geschaffen wird, die ihre Tätigkeit demnächst aufnimmt. Die Gebührenden des Deutschen Volksoffiziers sind nach wie vor ersichtlich groß. Es muß aber beachtet werden, daß es sich immerhin um Papiermarkeneingänge handelt. In der letzten Zeit häufen sich auch die Ueberweisungen aus nichtdeutschen Kreisen des Auslandes. Ein ernstliches Zeichen für die weitgehende Beurteilung, die der französisch-belgische Rechtsbruch in der Welt findet.

Ueber neue blutige Zwischenfälle in Oberhausen

unterrichtet ein amtlicher Polizeibericht, der ein treffendes Bild der unruhigen Verhältnisse in Nürnberg gibt und dem wir desfalls folgende entnehmen: Am 23. Februar gegen 10 Uhr abends waren eine Anzahl Zivilpersonen in Begriff, die Unterführung an der Marktstraße zu passieren. Sie mußten aber leihetwegen, da sie von französischen Soldaten, die auf den Bahnkörper über der Unterführung aufgestellt genommen hatten, mit Steinen bedroht wurden. Kurz darauf fiel ein Schuß vom Bahnkörper her, der aussehend ohne Erfolg blieb. Einige Passanten holten darauf den Doppelboven Markt, der auch sofort erschien. Die beiden Schuttpolizeiamten gingen bis zu dem an der Bahnörter liegenden Stadtkaser vor, hielten die Zivilisten aber zurück und forderten sie an ruhig zu sein. Es fiel darauf ein zweiter und ein dritter Schuß, der einen Schuttpolizeiamten, Polizeiwachmeister Davon, und einen Zivilisten Fritz Schwab, am Bein verlegte. Zur selben Zeit, als der Posten Altmann herbeigeholt wurde, gingen mehrere Zivilisten nach der Polizeiwache in Giesentstraße und führten dort ebenfalls Beschwerde. Polizeiwachmeister Schauer begab sich mit dem Polizeiwachmeister Stenzel sofort zu französischen Wache in der Industriestraße und versuchte den dortigen Wachthabenden zum Einschreiten gegen die Franzosen zu bewegen. Die Wache holte einen Dolmetscher und ließ sich die Vorgänge an der Bahnunterführung erklären. Der Ersuchen, den wachhabenden Offizier zu sprechen, wurde abgelehnt. Der Sergeantmajor ging nun in Begleitung von zwei weiteren französischen Soldaten mit dem Polizeioberwachmeister Schauer und Polizeiwachmeister Stenzel zur Bahnunterführung und die fünf Personen nahmen Aufstellung an der Markt- und Schürerstraße. Hier traf noch Polizeihauptmann Schroets ein, der den Franzosen nochmals Lage klarlegte, zuletzt nochmals durch Vermittlung des Dolmetschers. Sämtliche Personen gingen nunmehr gemeinsam mit dem Polizeioberwachmeister Bäcker, der den Postenbesten hatte in der Richtung Unterführung vor. In der Höhe der Bahnstraße fielen mehrere Schüsse. Jäährt erhielt einen Knieschuß und fiel zu Boden. Die drei Franzosen retteten sich unter die Unterführung, während die Polizeibeamten Dedekuchen suchten. Polizeiwachmeister Bäcker konnte geholt werden, nachdem die Franzosen die Posten auf dem Bahndamm zur Vernunft gebracht hatten.

Der Polizeipräsident hat scharfen Einspruch gegen die Heberg-He eingeklagt, eben als die triebhärde der Zeche Concordia, Abteilung Döhausen.

In Essen

mehren sich die Fälle, daß französische Soldaten die Privatwohnungen auf der Straße Geld in Wertpapieren fortnehmen. So wurde der Mann W. von vier französischen Soldaten in Gansackerstraße zwischen 12 und 1 Uhr angehalten. Es wurden ihm 16000 Mark sowie französische Wertpapiere abgenommen. In der Umgebung Baumgartenplatz wurden einem Kaufmann A. Mischelstein und einem Schüler von beiden französischen die Uhr abgenommen. In der gleichen Straße erstikten drei Vergleute in der Nähe der Brücke Hercules. In der Gassehofstraße wurden vier Personen angehalten und ihre Wertpapiere und Borschaft beraubt. Der Mann Johann S. wurde in der Gansackerstraße seiner Uhr nebst Kette beraubt. Heinrich wurden in der gleichen Straße von 6 Franzosen der Steckertrasse angehalten. Man nahm ihm die Uhr, Kette und 3000 Mark bares Geld ab. In der Straße wurde Joseph St. in der Sonntagsnacht 5 französischen Soldaten in der Gansackerstraße angehalten. Dann wurde ihm die Uhr, goldener Kette abgenommen. Der 62jährige Dreher Adam St. wurde am Schwarzen Markt von vier französischen Soldaten überfallen, seiner Uhr beraubt. Auf seine Hülfsrufe folgten die Räuber und als der Ueberfall ihnen mißglückte, schossen sie auf ihn. In Bornstraße wurde der Schneider August A. von zwei französischen Soldaten mit vorgeschalteter Wobolner angehalten und seiner Brieftasche etwa 100 000 Mark beraubt. Der Fördermann Peter S. wurde gegen 10½ Uhr abends der Herculesstraße überfallen, seiner Uhr seines Geldes beraubt. Weiter wurde der Arbeiter Fritz Sch. gegen 10½ Uhr in Beußstraße überfallen und beraubt. In Kasseienstraße wurde einem Arbeiter U. die Kette abgenommen. Ueber alle diese gemeldeten Ueberfälle sind seitens der Polizeibehörden

solche aufgenommen worden, von denen jedes-
mals Abschrift an den kommandirenden General
in Breitenburg gesandt wurde.

Weitere Nachrichten.

Der Reichskanzler hatte gestern Besprechungen mit den Führern der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Er machte ihnen Mitteilung über die Lage im besetzten Rhein- und Ruhrgebiet. Daraus empfing er die Führer der Sozialdemokraten. Beschlüsse wurden den Ministern zufolge nicht gefaßt. — Reichsaussenminister Dr. v. Rosenburg hatte gestern nachmittags eine eingehende Besprechung mit Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion. Herr v. Rosenburg wird die Besprechungen mit den Führern der Partei in diesen Tagen fortsetzen.

— (Unter schwerem Verdacht.) Gegen den
Vetter des Berliner Nachrichtenbüros Deta, Wa-
ther Dehne, bei dem von der polnischen Polizei
eine Hausdurchsuchung vorgenommen wurde, ist die
Wäckerin zufolge eine Untersuchung wegen Ver-
desberrats eingeleitet worden. Dem W. D. zu-
folge war er beschuldigt, geheimhaltende Mit-
theilungen an ausländische Agenten und Spion-
geboten zu haben. Nach dem Vorwärts so-
Dehne in dem Verdacht stehen, nähere Be-
ziehungen mit der französischen Regierung un-
terhalten zu haben alles vorgefundene schrift-
liche Material wurde beschlagnahmt.

— (Ein Anschlag gegen die „Münchener Post.“) Die „Münchener Post“ teilt mit: In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurden Bewohner von Altheimeronks durch einen brennendsten Schlag gewedt, zugleich fiel ein Schuß. Als Montag früh die Thüre von den Schaulenken der Expedition der „Münchener Post“ geöffnet wurden, stellte sich heraus, daß durch ein Fenster von der Straße aus in den Expeditionsraum geschossen worden ist, gegen ein anderes eine Gerhandgranate geworfen wurde und daß ein weiteres Fenster mit einem Gegenstand zertrümmert worden ist. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

— (Eine Bluttat in Baden.) In Köstern bei Steinen stießen Kommunisten mit Nationalsozialisten, als diese um Mitternacht einer Verarmung heimkehrten, zusammen und ein kommunistischer Gemeinderat von Stein Rudiger, verwundete den Nationalökonom Dr. Winter durch Messerstiche in den Leib so schwer, daß dieser an den Folgen starb. Hier wurde er einen anderen Nationalsozialist verwundet wurde in Schußhaft genommen, die Einwohnerschaft mit Lynchjustiz drohte. Nationalsozialisten und ein Teil der Einwohnerschaft haben bei einer Demonstration dem Rathaus die Absetzung des Täters von Gemeindeämtern verlangt.

Gegen vier Wiener Vandalen
In Budapest wurden die vier Direktoren
Hilfs der Wiener Commerzialbank zur
Hilf vorgehalten. Sie sind beschuldigt, Tran
aktionen durchgeführt zu haben, die der W
einen Schaden von mehr als 600 M
tionen Kronen verursacht haben. Das A
fahren gegen die vier Direktoren wird for
fehlt.

Konzert, Theater etc.

Kamen, 2. März. Der hiesige Männergesangsverein Sängerbund (H. Viermann am Markt) beging am vergangen Sonnabend in aller Stille, der heutigen entsprechend, sein 65jähriges Stiftungsfest. Zahlreich hatten sich die Mitglieder ihren Damen eingefunden, um in gemüthlicher Besamensein einige frohe Stunden des Geseßes zu gedenken. Der langjährige Vorsitzende des Vereins Herr Verwaltungs-Inspector Floer begrüßte aus herzlichster Ergebenheit. Er schilderte in anschaulicher Weise den Werdegang des Vereins. Als vor 65 Jahren der damalige Bürgermeister Julius von R. eine Anzahl sangesrüher Herren der bts. Gesangsvereinslos dastehenden Stadt Kamen zusammenrief, um einen Gesangsverein zu gründen dieser Aufspat freudigen Widerstand der Bürgersehaft. So kam es man den

der „Sängerbund“. So manchen
11. Februar 1858 zur Gründung eines Ge-
sangsvereins übergeben, der den Namen „Män-
nergesangsverein Sängerbund zu Kamen“ er-
hielt ein einziger Festteilnehmer sei jo-
mal der Verein. Was könne der Verein
an seinem geistigen Auge vorüberziehen la-
die Feldzüge 1864 in Dänemark, 1863 in O-
reich und dann der gewaltige, zur Ein-
Deutschlands führende Krieg 1870/71. Nach
endigung des letzten Krieges trat Ruhe
Frieden in Deutschland ein, Handel und Wi-
blühten. Kunst und Wissenschaft hoben ih-
erstaunlich Weise. Aber gerade dieser
stand habe den Reid und die Mißgunst
anderen Völler hervorgerufen, und der
schließlich so verdrängte, daß ein neuer U-
nauensbleiblich war. Dieser gewalttätige
Kriege brach im August 1914 aus; an
sich Kriegen haben Mitglieder des Ve-
regen Anteil genommen und ihr Gut und
für das Vaterland hingegeben. Jetzt nach
Zusammenbruch des Reiches sei es Pflicht
eben einzelnen, nach besten Kräften an
Wiederaufbau desselben mitzuwirken. Vor
aber sei es Aufgabe der auf vaterländi-
Boden stehenden Vereine, restlos an
Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuwirken
daß hierzu die Gesangsvereine in erster
gehehren, sei selbstverständlich. Wer das
hebende deutsche Sängerbundsfest in Rür-
und Münden im Jahre 1912 mitbestie-
der sei sich klar, daß der deutsche Mä-
gang in erster Linie dazu berufen sei,
zusammengedrohenes deutsches Vaterland u-
hochzuheben. Das auf das Vaterland u-
gebrachte Hoch machte auf alle Tei-
fieses Einbrud, und stehend wurde „De-
land, Deutschland über alles“ gesungen.
Verein entließte sich seiner Aufgabe
Vortrag einer Reihe von herrlichen O-
aus seinem reichen Notenschatz, unter R-
Jacob's Leitung an dem herrlichen U-
des Vereins. Unerwähnt wollen wir nicht
wunderbaren Gesangsvorträge der Damen
sein Lotte Jacoby und A. Kolbe u-
Vorträge der Herren Gottfried Friedr.
Knöblich und Richard lassen.
keine Verlosung trug wesentlich zur Ver-
reine des Abends bei. Der Verein kann
Stolz auf das herrlich verlaufene Fest
bilden, welches sich würdig den 25-
jährigen Jubelfeiern des Vereins anjäh-

Namen, 2. März. Der Theater-
Berein „Edelweiß“-Kaiseran gibt
Sonntag nachmittag im Schützenhof zu Namen
einen Operetten-Abend. Zur Aufführung ge-
langt: „Polnische Wirtschaft“. Die
Hauptbesitzer des Werkes finden unsere Leser
im Infortanteil dieser Zeitung. Der Anfang

ist auf 6 Uhr festgesetzt.
Kaiserau, 2. März. „Hans Hude-
 bein“, diesen urwüthlichen Schwanz in 3 Akten
 gibt die „Freie Bühne“ in Kaiserau am
 Sonntag nachmittag 5 Uhr im Theateraal des
 Wirtes Sorge. Auf den Abend sei hiermit
 hingewiesen. (Siehe Inserat.)

Kaiseran, 2. März. Die Theater-
gesellschaft „Frohinn“, Kaiseran, be-
geht am Sonntag im Schulischen Saale einer
Theater-Abend mit vielseitigem Programm
„Ein Rendezvous im Pavillon“,
„Seelenstürme“ und „s Reisel in
Schwarzwald“ gehen über die Bretter.
Siehe Inserat.

Bereinsnachrichten.

Kamen, 2. März. (Knappere Verei-
"Gute Hoffnung".) In der am 25. Februar
abgehaltenen außerordentlichen Generalver-
sammlung beschloß der Knappereverein "Gute Hoff-
nung", die Beiträge zur Sterbekasse zu ver-
doppeln, und zwar auf 500 Mark für jedes
Mitglied. Der Verein ist dann in der Lage
bei jedem Sterbefall die Summe von 750
Mark auszusagen. Ferner wurde nodmal
darauf hingewiesen, daß an beiden Opern-
ein Theaterabend veranstaltet wird, hiezu
in bauteuswerter Weise der Verein der Thea-
terfreunde, Kamen, seine Mitwirkung zugesagt
unter persönlicher Regie des Herrn Karl Baf-
Ferner wurde beschloffen, für die Damen d.
Mitglieder soll ein Eintrittsgeld von 1
Mark erhoben werden. Alles Nähere über die
Veranstaltung soll noch in der Zeitung u.
durch Plakate bekanntgemacht werden. Hierzu
wurde die Versammlung vom ersten Vor-
sitzenden Julius Klatte mit einem „Gülden" geschloffen.

Sport.

Namen, 2. März. In tiefster Nacht im
Deutschland am sein Leben; Glend, Tod u.
Gewalt erschüttern mehr und mehr den schwe-
ren Boden, auf dem wir stehen; es schüt-
telt als ob seine Hand in der Höhe wäre, hel-
fend und rettend einzugreifen, uns vom nahen Un-
grund hinwegzureißen. Tausende greißeln um
Mittel und Wege. Tausende nahen mit Ver-
schlagen, die nur Worte enthalten, die sie
nie Positives schaffen. Nicht die materielle
Besserstellung kann uns für alle Zeiten er-
lösen. Es gilt, neue geistige Kräfte zu schaf-
fen, die den Mut aufbringen, die Sorgen des Ta-
ges frisch entschlossen zu meistern. Neue geis-
tige Kräfte sind auch die Vorbereitung für
glücklichere Zukunft unseres Volkes; sie kön-
nen aber nur entstehen, wenn die Nation dem
Ihre, die seelische Basis auf die wiedererstar-
ten Kräfte des Körpers zu stellen, um so selb-
st den Grund zu finden, auf dem der komplizierte
Aufbau Raum und Lebensmöglichkeit hat.
Eine gesunde Seele, ein gesunder Geist ist
im gesunden Körper; diese alte Lebensweis-
heit und Wahrheit ist es, die sich durchzuring-
t. hat! Ein körperlich starkes Geschlecht nur
den Forderungen der Zukunft gerecht wer-
den können. Die Körpererziehung muß die
Bevölkerung sein, die Leibesübungen mü-
hen zur täglichen Gewohnheit werden. Er-
Leibesübungen: Spielt Fußball, rudert u.
schwimmt, turnt oder wandert, läuft o.
springt, fahret Rad oder spielt Tennis;
Ihr treibt ihr gleichgültig, die Hauptsache
dass ihr euren Körper durch eine dieser Lei-
bungen überhaupt erst kühlt und die Kräfte
der Natur, Luft, Licht und Sonne, euch zu-
machet. Laßt endlich ab von eurer Eitel-
haderet, macht euch frei vom Staube
Büros und Fabrikhale, richtet den getrimm-
t. Mäulen aus der Gehulban gerade und sch-
den Leben offen und frei ins Auge!
neue Zeit marschirt auf neuen Wegen!
Sport marschirt! Keine Macht der Erde
kann heute aufhalten, niemand ist in der Lage
dem Heere der Millionen, die heute
benutzt Sport treiben, ernstlichen Wider-
entgegenzusetzen. Und nun rufft euch auf, t-
ein in die Reihen derer, die ihre Kräfte
Wettkampf stählen, schließt euch ihnen an
folgt ihren Führern zu Fuß und From-
unseres, geliebten deutschen Vaterlandes!

Fahrmärkte.

Verkündig der Abfertigung.

Montag, 5. März:	Klenberg A. B., Dorn und Hagen Schlacht.
Dienstag, 6. März:	Mischeberg B., Vorker B., Emderten B., Hopfen B., Neilingen B., Telgte B., Delbrück B. Pf. Niedde Rindv. Pf. Schw., Minden A. B. Pf. Schw., Scha Jiegen, Warburg B., Vierle Rindv. Schw., Verelburg A. B., mühle Rindv. Schw.
Mittwoch, 7. März:	Billerbeck A. B., He A. Rindv. Pf. Schw., Niede Rindv. Högter u. Korbey Rindv. Pf. Schw., bach A. B. Schw., Dortmund Zucht. G
Donnerstag, 8. März:	Burgsteinfeld A. B. Lippstadt B., Bloho Rindv. Schw.
Freitag, 9. März:	Haus A. B., Dälme Merl Rindv. Pf. Schw., Paderborn A. Pf. Schw.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Namen.

Sonntag, 4. März. Pauluskirche.
Uhr: Gottesdienst, Pastor Kochs. — Luc.
kirche. 9 Uhr: Gottesdienst, Pastor Gie.
11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst, Pastor C.
3 Uhr und Dienstag 4 1/2 Uhr: Kirchen-
rat Pastor Gieseler. Mittwoch 8 Uhr: Pa-
gottesdienst mit anschließender Betde-
reform. Abendmahlfeier, Pastor Gieseler.
Krankenhaus. 9 1/2 Uhr: Andacht,
Philippus.

Briefkasten.

Italien. Sie haben unter allen Umständen einen Paß nötig, wahrscheinlich auch sonstige Erlaubnisse. Auf den Konsum von Weingeist auch bei der Polizeibehörde der Gemeinde, können Sie näheres über die oblichen Bestimmungen erfahren. Die geeignetste Zeit ist für die meisten Gegenden wohl das Frühjahr. Am besten kaufen sich einen zuverlässigen Reiseführer (Bader) der Ihnen über die vielen sonst noch auftretenden Fragen Auskunft gibt und den auch für die Wanderung nicht entbehren zu



Weinet nicht an meinem Grabe,
Gönnet mir die ew'ge Ruh'.
Denkt was ich gelitten habe,
Eh' ich schloß die Augen zu.

Heute abend, 8 1/2 Uhr entschlief sanft nach
längerem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere
liebe, unvergeßliche Mutter, Schwiegermutter, Groß-
mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Friedrich Schürhoff
Friederike geb. Schmidt

im Alter von 58 1/2 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Friedrich Schürhoff
Sophie Budde, geb. Schürhoff
Heinrich Budde
Wilhelmine Mertin, geb. Schürhoff
Johann Mertin
Karoline Schulz, geb. Schürhoff
Rudolf Schulz und 3 Enkelkinder.

Westick, den 27. Februar 1923.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. März,
nachmittags 2 1/4 Uhr, vom Trauerhause, Telnstraße,
aus stat.



Märzen- u. Export-Bier

empfiehlt

Linden-Adler-Brauerei Unna.

Syphons mit Linden-Adler-Bier

stets vorrätig bei

L. Rieder am Markt.

Ich kaufe ständig

zu konkurrenzlosen Preisen

ämtl. Altmetalle,
Altisen, Lumpen,
Knochen usw.

Händler und Handwerker
erhalten Vorzugspreise.

Peter Kamp,

Rohprodukten,

en gros — en detail

Dittstraße 9. Telefon Nr. 94.

Suche für März oder April einen

Jungen

im Alter von 15 bis 16 Jahren.

Landwirt Wilhelm Greife,
Overberge.

Tüchtige

Beräufnerinnen

bei hohem Salair per sofort
oder später gesucht.

Kaufhaus H. Heriz

Bergkamen
Manufaktur, Konfektion.

Für Weddinghofen suchen
wir sofort zuverlässigen

**Zeitungs-
boten**

gegen gute Bezahlung.

Meldungen in der Geschäfts-
stelle der Kamener Zeitung,
Weststraße 10.

Wegen Heirat des jetzigen
ein tüchtiges

Mädchen

zum 1. April für alle Hausar-
beit bei guten Empfehlungen
gesucht. Gute Behandlung und
hohen Lohn zugesichert.

Frau Meckfessel,
Bahnhofstraße 8.

Sauberes

**Buchfrau
od. Buch-
mädchen**

für halbe Tage
gesucht. 596
Zu erw. in
der Geschäftsst.
der Kam. Zeitg.

Auf sofort
oder später ein
tüchtiges
Mädchen
gesucht.

Frau E. Brass,
Bahnhofstr.

„Am Brunnen vor dem Tore.“

Große Operette.

Aufgeführt vom Verein

„Theaterfreunde“

Sonntag, den 4. März, beim Wirt Starke,

Wirt.

Kassenöffnung 6 Uhr.

Anfang 7 Uhr.

Ertrag zu Gunsten der freiw. Sanitätskolonne.

Theateraal Sorge
in Kaiserau.

Hans Huchebain

Schwan in 3 Akten.

Aufgeführt durch die „Freie Bühne“

Kaiserau.

am Sonntag, den 4. März 1923.

Einlaß 4 Uhr. Beginn 5 Uhr.

Anschließend Ball.

Es laden zum Besuch ein 599

Der Vorstand. Der Vereinsvorst.

Turn- und Spielverein „Werkatia“ 95
vormals „Kaiser-Turn“ Namen.

Sonntag, den 4. März d. Js., morgens
10 Uhr, im Vereinslokal: W. Starke
(Wirtentor)

General-Versammlung.

Tagesordnung

wird daselbst bekanntgegeben.

Anschließend Versammlung der Alters-
riege.

Wegen der wichtigen aufgestellten Punkte
bittet um zahlreiches Erscheinen

611

Der Vorstand.

Ballspielverein Namen.

Sonntag, den 4. März, morgens 11 Uhr,

Jugend-Versammlung.

Erscheinen aller Jugendlichen dringend erforder-
lich.

Der Jugendobmann.

Kassenlokal gesucht.

Da unsere bisherigen Geschäftsräume nicht
mehr den Anforderungen genügen, suchen wir
per bald ein geeignetes größeres Lokal,
evtl. Privaträume, die dafür herzurichten sind.
Gest. schriftliche Angebote umgehend er-
beten.

Gewerbebank e. G. m. b. H. Namen.

Zu oder zwei

**möblierte
Zimmer**

mit Kochgelegenheit zum 15.
März oder 1. April in Namen
oder Umgegend gesucht.

Näheres in der Geschäfts-
stelle der Kamener Zeitung.

Gut bürgerlicher

**Wittag- und
Abendisch**

für Damen und Herren jeden
Standes bei

Frau A. Eichelberg,
Unnaerstraße 12,
2 Minuten vom Bahnhof.

**Kost und
Logis**

frei.

Näheres in der
Geschäftsstelle d.
Kamener Ztg.

Ausgeklümmtes

**Damen-
Haar**

kauft

W. Steinmann,
Damen-Salon.

Namen,
Bahnhofstr.

Theatergesellschaft „Frohsinn“

Kaiserau.

Am Sonntag, den 4. März,
begeht die obige Gesellschaft im Saale
des Herrn Schulz in Kaiserau, einen

Theater-Abend

mit nachfolgenden Aufführungen:

„Ein Rendezvous im Pavillon“

„Seelenstürme“

„s Roserl im Schwarzwald“

Ausserdem als Ueberraschung wird die ein-
heimische Künstlerin Fräulein Hahn einige Lieder
zur Laute den Gästen zur Gehör bringen.

Kassenöffnung 5 Uhr.

Beginn des Spiels 6 Uhr.

Angenehme und genussreiche Stunden versprechend
laden wir die geehrten Einwohner von Kaiserau und
Umgegend freundlichst ein.

Der Vorstand der

Theatergesellschaft „Frohsinn“ Kaiserau

Achtung!

Achtung!

Kaufe

Lumpen, Knochen, Eisen
usw. Lumpen und Eisen
Kilo 200 Mt.

Größere Posten werden abgeholt, Postkarte genügt.

**Konradi,
Nordenmaner 5.**

Anzeigen
aller Art
inseriert man er-
folgreich in der
Kamener Zeitung

Ladenlokal zu vermieten
und
Einrichtung zu verkaufen.
Wo, sagt die Geschäftsstelle der
Kamener Zeitung.

Zahlte höchste Preise für
Zeiss-Prismengläser
ebenso Kaufe Brillenträger.
R. West, Dortmund
Balkenstraße 18. Eingang Laden.